

PROKLA-Redaktion

Editorial

Auf der Suche nach dem verlorenen Sozialismus

I

Als dieses Schwerpunktheft der PROKLA im Frühjahr des Jahres 1989 vorbereitet wurde, hat niemand die rasante Destruktion des real existierenden Sozialismus voraussehen können. Die von Michail Gorbatschow und dem Reformflügel der KPdSU vorangetriebenen Glasnost und Perestroika haben heute längst in anderen RGW-Ländern Nachfolger gefunden. Die Umwälzungen fanden zunehmend nicht mehr in Form von »Umstrukturierungen von oben« statt, wie noch in der Sowjetunion, und entwickelten sich vielfach hinsichtlich der Infragestellung von existierenden Strukturen und ideologischen Rastern wesentlich radikaler. Auch wer nicht der gerne verbreiteten Behauptung einer durch rigide staatliche Unterdrückung gewährleisteten Ultrastabilität dieser Gesellschaften nachhing, hatte mit Erstaunen festzustellen, wie porös und einsturzgefährdet diese Herrschaftssysteme waren. Dies galt sogar für die finsterste Ein-Mann-Diktatur des osteuropäischen Blocks, Ceauscescu Rumänien, wo ein mit dem Mut der Verzweiflung anrennendes Volk den Sturz des Regimes durchzusetzen vermochte. In der DDR wiederum mußte das Honecker-Regime infolge einer massenhaft wahrgenommenen Mischung aus exit- und voice-Strategien abdanken.

Auch wenn die Situationen in den verschiedenen Ländern des ex-sozialistischen Blocks differieren, darf heute kein Zweifel daran gelassen werden, daß das Modell des Sozialismus, wie es in der Sowjetunion entwickelt und von dort exportiert wurde, gescheitert ist. War es aber von vornherein zum Scheitern verurteilt, wie die Marktanhänger mit Mises und Hayek seit Jahrzehnten verkünden? Oder begann die Krise des Sozialismus erst mit den »stalinistischen Deformierungen« der dreißiger Jahre? Ist das Projekt des Sozialismus prinzipiell reformunfähig? War es verfrüht, begann seine Verwirklichung am falschen Ort, bedarf es erst des Durchlaufens einer »kapitalistischen Etappe«, wie es eine plumpe Leseweise des »HistoMat« nahelegen könnte? Dies sind keineswegs bloß rhetorische oder akademische Fragen. Zweifellos wirft das Scheitern des real-existierenden Sozialismus grundlegende und prinzipielle Fragen auch für diejenigen Sozialisten auf, die ihre politische Identität nicht an den Erfolg realsozialistischer Gesellschaften gebunden haben. Diese Fragen gehen bis an die Substanz von sozialistischen Projekten schlechthin, so daß wir von einer politischen Identitätskrise *aller* Sozialisten ausgehen müssen. Wäre diese Krise nur auf Gruppierungen wie die Deutsche Kommunistische Partei beschränkt, die sich sklavisch jedem Kurswechsel der SED angepaßt haben und denen bereits die ersten Reformschritte in der Sowjetunion unter Gorbatschow zu weit gingen, dann könnte man schnell zur Tagesordnung und damit zu den politisch-ökonomischen sowie gesell-

schaftlichen Auswirkungen des Umbruchs in Osteuropa und den dadurch aufgeworfenen Problemen für die (kleine) Linke in diesem Land übergehen, die ansonsten aufrecht und unbeirrbar an ihrem politischen Ziel, der Verwirklichung einer sozialistischen Wirtschaft und Gesellschaft, festhalten könnte. Leider, oder sollte man sagen: Marx sei Dank? wäre eine solche Haltung wenig hilfreich. Dem vielstimmigen Chor von links und rechts, der jedem unüberhörbar zu Ohren bringt, daß der Kapitalismus im Systemwettkampf mit Sozialismus/Kommunismus endgültig gesiegt habe, wäre so nicht geantwortet. Denn es hilft wenig, darauf zu verweisen, man habe doch schon in der Vergangenheit immer wieder auf den nicht-sozialistischen Charakter dieser Gesellschaften nachdrücklich hingewiesen. Gesiegt habe der Kapitalismus nicht etwa über den Sozialismus/Kommunismus sondern über eine pervertierte Form dieses Gesellschaftsmodells, das zu Unrecht den Namen Sozialismus führe – und dies im übrigen durch den Zusatz »real existierend« selbst angedeutet habe. Genausowenig hilft der wie auch immer fundierte Hinweis weiter, der Kapitalismus selbst werde schließlich mit Problemen wie Massenarbeitslosigkeit, sozialer Armut, ökologischer Degradation nicht fertig – von den Verelendungsprozessen in der Dritten Welt einmal ganz zu schweigen. Diese Argumentationsfigur läuft – trotz ihres richtigen Kerns – solange ins Leere, wie die Anschlußfrage, welchen »Dritten Weg« die unorthodoxe Linke als Ausweg aus den Krisen des Sozialismus und des Kapitalismus anzubieten habe, nicht oder doch nur äußerst spärlich beantwortet werden kann. Die analytischen Anstrengungen zur Kritik des Bestehenden entheben uns heute weniger denn je des Zwanges, unsere Vorstellungen von einem emanzipativen Sozialismus zu konkretisieren, wenn die »Kritik der politischen Ökonomie« als »Theorie der Praxis« (Gramsci) ernstgenommen und/oder reaktiviert werden soll.

Es kommt aber hinzu: Angesichts der laufenden Enthüllungen über das wohl selbst die schärfsten Kritiker des real existierenden Sozialismus überraschende Ausmaß von mit diktatorischem Machtgebrauch gepaarter politischer Inkompetenz und moralischer Desintegration muß man wohl fragen, ob inzwischen nicht alle sozialistischen Projekte heute durch eine Art von »Kontaktschuld« (Habermas) entwertet sind. Wenn dem so ist, hat der moralische, ökonomische und politische Zerfall des Realsozialismus auch fundamentaldemokratische Sozialismusprojekte diskreditiert, ob vorübergehend oder für immer. Auf diese fraglos schwierige Situation können Anhänger eines emanzipativen Sozialismus, die ihre politische Identität aus einer doppelten Negation bezogen haben – der Ablehnung des staatsbürokratischen Sozialismus in Osteuropa und des realen Kapitalismus im Westen –, nur um den Preis der politischen Abdankung mit dem bloßen Beharren auf schon immer richtigen, moralisch hochkarätigen Überzeugungen reagieren. Darauf hatten ja die Anhänger und Unterstützer des real existierenden Sozialismus mit dem Prädikat »real existierend« zu recht hingewiesen: Der Sozialismus war seit Marx und Engels nicht mehr nur eine Utopie schöner Seelen, sondern er sollte und mußte sich als praktisches politisches Projekt bewähren. Müssen wir heute von der Vorstellung der Machbarkeit einer nicht-kapitalistischen Gesellschaft gänzlich Abstand nehmen? Oder wie kann nach 1989 der »feasible socialism« (Nove) noch aussehen? Um derlei Fragen zu beantworten, wird es wohl zunächst vor

allem darauf ankommen, und darin sehen wir eine Aufgabe für die nächste Zukunft, sorgfältig zu analysieren, was in den Gesellschaften vom Typ »real existierender Sozialismus« eigentlich schief gegangen ist.

II

Schon in den dreißiger Jahren monierte Karl Korsch, daß der Linken ein alternatives sozialistisches Gesellschaftsmodell fehle. Dieser Mangel verweist ebenso auf ein Utopie- und Phantasiedefizit wie auf eine praktische Politikunfähigkeit der Linken. Es dürfte heute ein entscheidender Grund dafür sein, daß weit in die kritische Intelligenz hinein ein – zumeist nur recht bieder begründetes – Vertrauen in die Allokations- und Effizienzleistungen des Marktes Fuß fassen konnte. Ein Beispiel neben vielen anderen ist ein von Karl Pitz, Mitarbeiter der Wirtschaftsabteilung der IG Metall, und dem Ökonomen Joachim Gäbler kürzlich vorgestelltes Reformmodell für die DDR, in dem es heißt, daß »prinzipiell an die Stelle der Steuerung durch den Plan die Steuerung über den Markt treten (muß)«. Der in solchen Überlegungen zum Ausdruck kommende mangelnde Grad an Problemdifferenzierung ist erstaunlich. Es ist wohl so, daß westliche Wendehälse sich ihren östlichen Brüdern und Schwestern in dieser Hinsicht völlig gewachsen zeigen. In der ökonomischen Praxis jedenfalls hat sich die binäre Setzung: Markt versus Plan, längst als obsolet erwiesen. Nicht allein in Privatunternehmen und Konzernen beschäftigen sich riesige Mitarbeiterstäbe mit Produkt-, Personal- und Technologieplanungen. Auch der ökonomische Erfolg Japans, welchen Faktoren er auch sonst immer geschuldet sein mag, läßt sich ohne die schützende und vor allem langfristig planende und Ressourcen bereitstellende Hand des Staates in Gestalt des berühmt-berüchtigten MITI nicht erklären. Was von den neuen (oder sind es alte?) Marktbegeisterten notorisch unterschlagen wird, ist, daß es nicht nur den einen Typus der Planung makroökonomischer Entwicklung gibt. Mit dem Wasser der realsozialistischen Kommandowirtschaft gleich das Kind Sozialismus und gesellschaftliche Planung auszuschütten, ist jedenfalls keine überzeugende Antwort auf das aufgeworfene Problem.

Worauf beruht eigentlich das Vertrauen in die Allokations- und Effizienzleistungen des Marktes? Stützt es sich auf ein bloßes »Vor« – Urteil angesichts real existierender Marktwirtschaften? Oder kann es theoretisch begründet werden? Wenn die Überlegenheit westlicher Marktwirtschaften von früher als marktkritisch geltenden Leuten propagiert wird, sollte man eigentlich eine theoretische Begründung erwarten können. Aus wirtschaftsliberaler Sicht wird die behauptete grundsätzliche Markteffizienz in geschlossenster Form von der modernen Neoklassik in Gestalt der Allgemeinen Gleichgewichtstheorie zu begründen versucht. Sie hat sich erst jüngst und bisher noch ohne den erwünschten Erfolg von der für die Walrasianische Neoklassik zentralen Figur eines Auktionators gelöst, der als eine fiktive Zentralinstanz die Tauschhandlungen so organisiert, daß ein Gleichgewicht mit bestimmten Optimalitätseigenschaften resultiert. Auf diese trickreiche Weise gelang es der walrasianischen Theorie

nachzuweisen, daß dezentral organisierte ökonomische Tauschhandlungen immer zu einem Gleichgewicht führen, in dem entgegengesetzte Einzelinteressen so weit wie ohne Anwendung von Zwangsmitteln möglich verwirklicht werden. Mittlerweile hat sich auch in der neoklassischen Welt – wenn auch nicht überall und schon gar nicht bei den neuen Marktfreunden – die Einsicht herumgesprochen, daß eine solche »kommunistische Fiktion« (Myrdal) wenig überzeugend ist, wenn man die Überlegenheit von Marktsystemen beweisen will: Schließlich hat man mit der Annahme des Auktionators als koordinierender Zentralinstanz genau das vorausgesetzt, was es im Sinne des Beweisziels erst zu beweisen galt. Darauf haben im übrigen die wirklich marktradikalen Ökonomen der österreichischen Schule, allen voran Mises und Hayek, schon lange hingewiesen. Ihnen selbst aber geht es nicht viel besser als den neuesten Modellen der Allgemeinen Gleichgewichtstheorie, in denen auf den Auktionator und den Tatönnement – Prozeß zum Ermitteln der Gleichgewichtspreise (oder entsprechende funktionale Äquivalente) verzichtet wird: Daß ein und welches Gleichgewicht erreicht wird, ob es pareto–effizient ist, läßt sich im strengen Sinne axiomatisch – deduktiver Theorie nicht nachweisen, womit auch der Nachweis der prinzipiellen Überlegenheit der Markt- gegenüber der (zentralen) Planwirtschaft entfällt.

Mit theoretischen Argumenten kann mithin die behauptete Überlegenheit der Marktkoordination nicht gezeigt werden. Im Umkehrschluß könnte dann aber vermutet werden, daß die überlegene Reichtumsproduktion kapitalistischer Marktwirtschaften gerade das Resultat der Abweichungen zwischen Modell und Realität ist. Tatsächlich spricht analytisch wie empirisch viel dafür, daß nicht der Markt als solcher, sondern ein spezifisches gesellschaftliches Ensemble, ein historisch entstandenes Akkumulationsregime der westlichen Gesellschaften, für deren ökonomische Überlegenheit über den Sozialismus verantwortlich ist. Oder weniger bombastisch formuliert: Neben dem Markt gibt es in Gesellschaften mit kapitalistischer Produktionsweise eine Vielzahl von institutionellen Strukturen, deren Ensemble erst die Dynamik, aber auch die – zeitlich begrenzte – Kohärenz des kapitalistischen Akkumulationsprozesses begründen kann.

Auch für die sozialistische Planwirtschaft findet sich eine »Blaupause« (Przeworski). Daß eine Planwirtschaft prinzipiell eine rationale Verteilung von Ressourcen vornehmen kann, wurde frühzeitig von Oskar Lange gezeigt. Er (und Enrico Barone) hatten einfach das walrasianische Modell einer Marktökonomie mit Auktionator übernommen und an dessen Stelle eine zentrale Planbehörde gesetzt. Langes Konstrukt eines allokativen trial and error-Prozesses, in dem eine zentrale Planbehörde in einem iterativen Prozess Preise, Löhne und Zinssätze festlegt, führte ihn zu zwei für die sozialistischen Unternehmen grundlegenden Wirtschaftsregeln: (1) Anzustreben ist die Minimierung der Durchschnittskosten der Produktion durch die Wahl einer Faktorkombination, deren Entlohnung den jeweiligen Grenzproduktivitäten entspricht; (2) die optimale Produktionsmenge ist an dem Punkt festzusetzen, wo die Grenzkosten dem von der Behörde festgelegten Preis entsprechen. Werden beide Regeln befolgt, dann sei der Plan dem vollkommenen Marktsystem äquifunktional. Dieser reine Typus einer Planallokation blieb natürlich Theorie.

Tatsächlich wurde in mehr oder weniger identischer Form auf politischem Wege in den osteuropäischen Ländern ein System der staatlichen Kommandowirtschaft durchgesetzt, dessen Funktionsprobleme hinlänglich beschrieben sind. Die zentrale Mengenplanung als gesamtwirtschaftlicher Lenkungsmechanismus krankt an zwei Fehlern. Zum ersten gibt es innerhalb dieses Systems keinen funktionierenden Mechanismus, der die quantitativen und qualitativen Nachfragebedürfnisse der Individuen artikulierbar machen könnte. Zum zweiten führt diese Form der Mengenplanung im Investitions- und Produktionsprozeß zu einer systematischen Fehlallokation, die selbst wiederum Ergebnis einer systematischen Informationsverzerrung infolge einzelwirtschaftlichen Rationalverhaltens ist: Die einzelnen Betriebe haben selbstredend das Interesse, die Sollvorgaben für das Produktionsergebnis herunterzuhandeln und die Zuteilungen der Ressourcen heraufzuschrauben. Dies geschieht durch ein vielfältiges Verschleiern der tatsächlichen ökonomischen Faktenlage im Zuge der Planaushandlungen. Gesamtwirtschaftlich drückt sich dies darin aus, daß zu Jahres(plan)ende die Sollvorgaben zumeist erfüllt oder übererfüllt sind und die Prämien eingestrichen werden, während gesamtwirtschaftlich eine »Ökonomie der Knappheit« (Kornai) existiert. (Diane Elson zeigt in diesem Heft, daß dieses zentrale Problem, das seine Entsprechung in der Informationsasymmetrie der Akteure in kapitalistischen Marktwirtschaften hat, durch eine »Vergesellschaftung der Märkte« überwunden werden könnte). Diese Dauerdiskrepanz zwischen einzelwirtschaftlichem Verhalten und gesamtwirtschaftlicher Vorgabe hat vornehmlich politische Gründe, die in dem grundlegenden Mangel an wirtschaftlicher und politischer Demokratie und dem Fehlen von Öffentlichkeit zu suchen sind. Anders formuliert: Die sozialistischen Zentralkommandowirtschaften waren nicht in der Lage, komplementär zum zentral vorgegebenen Plan institutionelle Strukturen auszubilden, die eine Abstimmung der verschiedenen Interessen bei der Planung und Plandurchführung sicherstellten.

III

Noch anders formuliert: Das zentrale Problem dieses Typus ökonomischer Organisation ist das der sie strukturierenden Logik. Die theoretisch ideale Konstellation wäre gegeben, wenn die Planung in allen Stufen, d.h. von der Planaufstellung bis zur Ergebniskontrolle, in einer demokratischen Arena, in der Öffentlichkeit erfolgte, und nicht im Arkanum eines Gosplan. Alle Betroffenen wären in allen Phasen an allen Abschnitten der Planung beteiligt; in Wirtschafts- und Sozialräten in der Region und Branche ebenso wie in mitbestimmten Betrieben, Unternehmen und in den Parlamenten durch demokratisch gewählte Repräsentanten des Volkes.

Realistischerweise muß man zugeben, daß dies – wie Brecht vom Kommunismus sagt – zwar eine einfache Idee, aber schwer zu machen ist. In der langen Geschichte sozialistischer Planung wurde jedoch noch nicht einmal ein Versuch in dieser Richtung ernsthaft gewagt. Eine andere einfache Idee hat demgegenüber sogar den Vorteil, einfach verwirklichtbar zu sein und fand im übrigen auch in kapitalistischen Gesellschaften

ten ihre Verfechter: Die marktgesteuerte Ökonomie läßt sich rationalisieren, indem ein zentrales Steuerungszentrum mit den modernen Techniken der Kommunikation und Kalkulation die Entwicklung plant. Der Sozialdemokrat Hilferding hing dieser Vorstellung ebenso an wie der Liberale Rathenau oder der Leninist Lenin, der die rationale Funktionsweise der deutschen Post und die Effizienz der deutschen Kriegswirtschaftslenkung im Ersten Weltkrieg bewunderte. Planung vom Zentrum aus war eine weit verbreitete, und keineswegs auf die Kommunisten beschränkte Idee, ganz in der »Kultur der Rationalisierung« befangen und vom Fortschrittsoptimismus be-seelt.

Doch es gibt ein Problem. Wer lenkt das Steuerungszentrum, das ja nicht vom Himmel fällt? Die einfache Antwort lautet: der Staat. Aber »der Staat« ist eine inhaltsleere Vorstellung. Nach welchen Maßgaben, welchen Interessen handeln die staatlichen Akteure? Im planenden Kapitalismus folgen sie aus strukturellen Gründen – vermittelt und unter Wahrung ihrer Eigeninteressen als gewählte Politiker, als Apparat, als Bürokratie – den von den Wirtschaftsakteuren artikulierten Imperativen der Kapitalverwertung. Wem aber soll der Staat als Planungsinstanz im Sozialismus folgen? Kapitalverwertung als Maßstab und Regel gibt es mit der Verstaatlichung der wichtigen Produktionsmittel nicht mehr. Mit den Interessenten an der Kapitalverwertung geht auch jener Sachverstand verloren, der Unternehmensinteressen gegenüber der Politik anhand eines relativ eindeutigen Kriteriums artikuliert. Wie kommt dann die Rückkopplung zwischen Staat und Wirtschaft im Sozialismus zustande? Sie wird – wenn denn Demokratie das schwer zu machende ist – durch die Partei hergestellt, die die Aufgabe hat, die Brücken zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft im weiteren Sinne zu schlagen.

Aus dieser Konstellation resultiert in real-sozialistischen Gesellschaften offenbar die Verdoppelung der politischen Herrschaft in Staat und Partei. Die Partei, ursprünglich gesellschaftliches Organ, wird als lenkender, informierter und informierender Staatsapparat adoptiert. Die Partei ist so etwas wie die *volonté générale*, aber unter Ausschaltung der *volonté des tous*. Die Verdoppelung personifiziert sich in den Figuren, die die Funktionen des Parteichefs, des Staatsratsvorsitzenden usw. in sich vereinigen. Es ist nicht Personenkult und Persönlichkeitswahn, wenn die Spitzenämter von Partei und Staat gehäuft werden. Denn die rationelle Lenkung von Wirtschaft und Gesellschaft von oben muß Partikularismen ausschalten. Es ist Ausdruck der mangelnden Einflußmöglichkeiten auf die zentralen Entscheidungen, wenn nur noch die »Einheit der Person« Einheitlichkeit, gesellschaftliche Konsistenz, Verhinderung von partikularen Einflüssen verspricht. Der verdoppelte Staat als Einheit von Partei und Staat muß sich gegenüber den Bürgern wie der Vormund zum Mündel verhalten, als »vormundschaftlicher Staat« (Rolf Henrich). Ein Armutszeugnis realsozialistischer Entwicklung, ein erster Schritt auf den Abgrund zu.

Ist diese Verschmelzung von Partei und Staat vielleicht zunächst ein Kind der Not, ein Mechanismus zur Dynamisierung der Gesellschaft mit beschleunigten wirtschaftlichen Wachstumsraten, birgt sie in sich die Tendenz der Selbstverstärkung. Sie wirkt als engmaschiges Filter, in dem alle Ansätze der Demokratisierung hängen bleiben.

Und die Personen, die als Akteure der Demokratisierung hängen bleiben, werden als schädliche Elemente durch Mauern abgeschottet: durch die Mauern der Gefängnisse, durch die Sperren auf den Zugängen zur sowieso beschränkten Öffentlichkeit und durch die äußere Mauer, die das Land umgibt bzw. den gesamten Block gegen westliche Zersetzung abzuschirmen sucht. Aber trotz der politischen Repression bedarf der vormundschaftliche Staat der Legitimation.

Der Staat und vor allem die Partei müssen sich immer wieder vor dem Volk rechtfertigen. Denn die Partei ist ja ihrem Selbstverständnis nach ursprünglich durch einen emanzipativen Akt an die Macht gekommen. Sie hat den Staat mit der Emphase der Befreiung der Menschen vom Faschismus und von der Ausbeutung umgebaut, das ökonomische System mit dem Versprechen der beschleunigten Entwicklung der Produktivkräfte umgewälzt und sie hat Versprechungen der Demokratisierung der Gesellschaft gegeben. Sie ist einer aufklärerischen, libertären, egalitären Theorie, Philosophie, Ideologie verpflichtet, dem Marxismus. Selbst in der verballhornten Fassung als Marxismus-Leninismus ist er eine eigenartige Mischung von affirmativer Wissenschaft der Rechtfertigung der Partei- und Staatsherrschaft und von, wenn auch kruder Theorie der Befreiung geblieben. Das Beispiel der DDR spricht Bände. Der Staat mochte zwar de facto Privateigentum von SED-Funktionären sein, der konsensualen Idee nach war er Volksdemokratie und zum Absterben verurteilt. Die Wut der Bevölkerung erklärt sich daher auch aus diesem Widerspruch: Die Idee wird dem Volk als Lebensmaxime vorgehalten, von Kindesbeinen an. Die Wirklichkeit der Aneignung der Früchte des Staates in Form von Privilegien durch die Staats- und Parteibürokratie schlägt dieser Maxime ins Gesicht. Da alle – und nicht nur die Parteibonzen – sich in diesem System bewegten und in der einen oder anderen Form an den Früchten zu partizipieren trachteten, oft in nachgerade primitiver Form, ist die Wut gegen das System um so größer. Denn es hat ja nicht nur die anderen, sondern jeden, einen jeden selbst korrumpiert. Daraus erwächst der Schmerz.

Mit diesem Problem umzugehen, ist nicht leicht. Eine entdemokratisierte Kommandowirtschaft kann sich nur rechtfertigen mit ökonomischen Erfolgen, also mit hohen Wachstumsraten und verbessertem Versorgungsniveau und größeren Konsummöglichkeiten. Wenn diese Erfolgskriterien nicht erfüllt werden, geraten Partei und Staat in verstärkte Legitimationsprobleme. Immer wenn dies der Fall war, wurde geradezu kampagnenhaft der Plan umgeworfen, um die festgestellten Versorgungslücken zu füllen. Die Folge: Es fehlte dann woanders, denn der Plan kannte keine Reserven. Diese wären ja nicht nur Bedingung, sondern Anreiz für demokratische Beteiligung geworden. Man hätte sich über alternative Verwendungsmöglichkeiten pluralistisch streiten können. Der geplante Mangel war also die notwendige Folge der Entdemokratisierung, aber zugleich führte er zur permanenten Bedrohung der Legitimation. Kampagnen waren die autoritäre Antwort auf das Problem. Wenn diese nicht zum gewünschten Ergebnis führten, nämlich der Füllung von Versorgungslücken einerseits, der völligen Erschöpfung und Lethargie der Bevölkerung andererseits, wurden auch Wirtschaftsreformen durchgeführt. Ein wenig mehr Dezentralisierung, eine größere Bedeutung der Erfolgskennziffern für die Betriebe, mehr Leistungsanreize für Kol-

lektive und Einzelne, mehr materielle Interessiertheit durch Prämiensysteme, auch mehr Spielräume in den Poren der Gesellschaft. Alle real sozialistischen Länder kennen den Zyklus von Zentralisierung und Dezentralisierung. Doch sobald sich in den größeren Spielräumen demokratische Pflänzchen entfalteteten, oder sobald die Wachstumsdynamik wieder in Gang gebracht war, wurden die Reformen zugunsten von Zentralisierung, mehr Kommando und weniger Spielräumen der Gesellschaft rückgängig gemacht. Die CSSR des Jahres 1968 ist dafür das tristeste Beispiel. Die Erfahrung des Zyklus von Zentralisierung und Dezentralisierung machte auch die DDR, zum Beispiel in der Zeit zwischen NÖSPL und NÖS Mitte der 60er Jahre bis in die frühen 70er Jahre.

Freilich war es in diesem Mechanismus nicht vorgesehen, alle Kosten des Wachstums zu kalkulieren, die ökologischen Kosten zumal. Und es wurde nicht in Rechnung gestellt, daß eine Kommandowirtschaft nur einen geringen sozialen Komplexitätsgrad aufweist und daher gegen Schocks von außen kaum abfedernde Reserven aufbringen kann. Innovationen sind in diesem System eher ein Fremdwort, auch wenn es zum geflügelten Wort der Partei und Staatsbürokratie wird. Innovationen, das ahnen die Verantwortlichen, wenn sie es nicht wissen, entstehen nicht nur durch technische Verbesserungen, sondern bedürfen der gesellschaftlichen Veränderung. Die sozialen Bindungen des technischen Fortschritts und die Bändigung seiner potentiell kontraproduktiven Folgen sind ohne aktive Beteiligung der Betroffenen und demokratische Öffentlichkeit nicht herstellbar. Man kann eine Speise nicht würzen, wenn man den Deckel auf dem Topf festhält. Die »große Krise« ist also vorprogrammiert, es bedarf nur des Anlasses, damit sie ausbricht.

Dann kommt alles ans Licht: Daß die ökologischen Kosten des Wachstums der Vergangenheit die Zukunftsaussichten in bedrückendem Ausmaß belasten; daß der externe Schock des Schuldendienstes auf die Außenkredite, mit denen die alte Führung die selbst verantworteten Lücken auf Kosten der zukünftigen Generationen und zum Profit der internationalen Banken geschlossen hat, kaum von der Ökonomie absorbiert werden kann und die jetzt eingeleiteten gesellschaftlichen Reformen daran vielleicht scheitern; daß der Rückstand in Technologien und Arbeitsproduktivität so groß ist, daß er auf absehbare Zeit nicht eingeholt werden kann; daß die Menschen systematisch passiviert worden sind und es erst lernen müssen, als aktive Bürger ihre Geschicke und die ihrer Wirtschaft zu lenken.

Kommt dies erst einmal zu Bewußtsein, und zwar massenhaft, dann funktioniert der Mechanismus von Akkumulation und Legitimation nicht mehr. Mit den offensichtlich werdenden ökonomischen Problemen schwinden die vielleicht verbliebenen Reste von politischer Legitimation des verdoppelten Staates dahin. In kapitalistischen Gesellschaften kann sich, wie Habermas betont, der Staat zumindest teilweise den »Legitimationszwängen entwinden«. Denn es gibt eine zusätzliche Ressource von Legitimation bürgerlicher Herrschaft: den Markt. Die über den Markt zugeteilten Chancen sind zwar höchst ungleich, aber gerecht, jeder ist seines Glückes Schmied und wer sich anstrengt, wird es zu etwas bringen. In realsozialistischen Gesellschaften hingegen gibt es einen staatstragenden Trick der Entwindung aus den Legitimations-

zwängen nicht. Das System ist durch und durch politisiert, auch wenn – oder gerade weil – die Menschen entpolitisiert worden sind. Bricht die politische Legitimation zusammen, dann ist Herrschaft nur noch repressiv möglich. Und wenn die Repression weder Sinn macht noch Wirkung zeitigen kann, dann mündet die De-Legitimierung in eine veritable Krise des Systems. Das Fehlen einer nach demokratischen Prinzipien funktionierenden Öffentlichkeit rächt sich dann noch ein weiteres Mal: Weil es weder zur Herausbildung einer selbstbewußt agierenden Arbeiterklasse noch zu anderen öffentlichen Organisationsstrukturen kommen konnte, wird der anstehende Reformprozeß entweder von oben eingeleitet oder es kommt zu repressiven politischen Aktionen der bislang Machtlosen, die den Eindruck eines zunehmenden Chaos bieten. Im letztgenannten Fall kann der Zerfall der Gesellschaft in eine unübersehbare Vielfalt von Einzelinteressen – der Hobbessche Kampf alle gegen alle – die Folge sein. Gerade diese Struktureigenschaft realsozialistischer Gesellschaften dürfte im übrigen dafür verantwortlich zeichnen, daß diese Gesellschaften eine geringere Reformelastizität aufweisen als kapitalistische Demokratien – selbst wenn gegenüber einem solchen Argument, wie es etwa Adam Przeworski in diesem Heft vorführt, mit Recht der Einwand erhoben werden kann, daß die Reformelastizität kapitalistischer Demokratien systemische Grenzen kennt. Das Verhältnis von Demokratie und Kapitalismus ist, wie hinreichend bekannt sein sollte, keineswegs so konfliktfrei wie dies gegenwärtig wieder allenthalben verkündet wird. Es sei nur am Rande erwähnt, daß das Paradox des Sozialismus – im Namen der Arbeiterklasse die gesellschaftliche Entwicklung voranzutreiben und gleichzeitig jede öffentliche Organisations- und Artikulationsfähigkeit der Arbeiterklasse zu verhindern – auch ein wesentlicher Grund für die abzusehenden Enttäuschungen der Werktätigen über die sozialen Auswirkungen der Einführung kapitalistischer Marktwirtschaften sein wird. Selbst in einem Land wie Polen, wo die starke und massenhafte Gewerkschaftsbewegung Solidarnosc eine Systemveränderung durchzusetzen vermochte, stehen die Werktätigen hilf- und schutzlos der »Hilfe aus dem Westen« gegenüber. Anders als in westlichen Ländern gibt es auf der »Arbeitsseite« weder erfahrene Gewerkschaften noch gibt es mit westlichen Ländern vergleichbare rechtliche Ausgestaltungen der Arbeits- und Produktionssphäre – mögen diese noch so eingeschränkt und bedrängt sein –, die dazu beitragen könnten, das Kampfungleichgewicht einigermaßen zu regulieren. Auch auf diesem Felde rächt sich spätestens heute das Fehlen rechtsstaatlicher Strukturen bitter.

IV

Einen wesentlichen Beitrag zur Destabilisierung der realsozialistischen Gesellschaften hat – paradoxerweise – die in der Sowjetunion vorangetriebene Reformpolitik geleistet, die heute in gefährliche ökonomische wie politische Turbulenzen geraten ist. Ein offener Bürgerkrieg im Kaukasus, scharfe ethnische und nationalistische Konflikte in anderen Landesteilen, eine rasche Verschlechterung der Versorgungslage, hohe Budgetdefizite des Zentralstaates und harter Widerstand der Nomenklatura, die

sich an ihre Besitzstände klammert, machen den weiteren Reformweg ungewisser denn je. Ein Scheitern Gorbatschows dürfte aber auch weitreichende Auswirkungen auf die Reformprozesse in den anderen realsozialistischen Gesellschaften wie in der westlichen Welt haben.

Die Chance, daß die bipolare Nachkriegsordnung von Jalta und die Strukturkomplexe des Kalten Krieges überwunden werden, könnte aber nicht allein in der Sowjetunion verspielt werden. Geschehen könnte dies auch in Washington, Brüssel, Tokio, in Paris oder London, ganz zu schweigen von Bonn. Keine der westlichen Gesellschaften zeigt sich heute auch nur annähernd darauf vorbereitet, mehr als vierzig Jahre Nachkriegsgeschichte in fortschrittlicher Form zu überwinden. Gründe dafür liegen auf der Hand: Auch in den kapitalistischen Ländern klammern sich die vested interests an die Macht- und Einkommensquellen, die ihnen dank des Blockgegensatzes zugewachsen sind. Das jüngste, in bester imperialistischer Tradition stehende Landeunternehmen der USA in Panama läßt, zumindest für Lateinamerika, die schlimmsten Befürchtungen aufkommen. Zwar haben sich die USA auch in der Vergangenheit des bipolaren Blockgegensatzes nie das Sagen in dieser weltpolitischen Region verbieten lassen, doch waren sie in ihren Aktionen wenigstens etwas eingeschränkt. Mit der – nicht zuletzt aus ökonomischen Gründen bedingten – Abkehr der Sowjetunion vom »proletarischen Internationalismus« steht zu befürchten, daß die USA keinerlei weltpolitischem Korrektiv mehr unterliegen. Die in der Außenpolitik Gorbatschows unterstellte prinzipielle Friedfertigkeit des Kapitalismus findet jedenfalls in der US-amerikanischen Sheriff-Mentalität, die insbesondere im panamaischen Fall konkrete ökonomische Triebkräfte hat, keine Bestätigung.

Aber noch aus einem anderen Grund könnte die durch die Umbrüche in Osteuropa eröffnete Chance einer verbesserten weltpolitischen Konstellation verspielt werden. Im allgemeinen Getöse über die historische Niederlage des Sozialismus scheint in Vergessenheit geraten zu sein, daß sich das kapitalistische Weltsystem selbst in einer grundlegenden Transformationsphase befindet, die keineswegs ohne Krisen und Instabilitäten verläuft. Insbesondere die drückende interne und externe Schuldenlast der USA ist dafür verantwortlich, daß die Bush-Regierung die zur Steuerung der globalen Umstrukturierungsprozesse benötigten finanziellen Ressourcen nicht zur Verfügung stellen kann. Anders als nach dem Zweite Weltkrieg sind die USA nicht Nettogläubiger sondern Nettoschuldner der Weltwirtschaft. Sie können deshalb anders als nach 1945 nicht die genauen Konditionen des Umstrukturierungsprozesses diktieren. Dank ihrer weiterhin bestehenden starken ökonomischen Macht bleibt ihnen aber dennoch eine Vetomöglichkeit – die sie auch weidlich nutzen. Dies gilt in Bezug auf das drängende Problem der Verschuldung der Dritten Welt genauso wie für die Finanzierung der Reformprozesse in Osteuropa. Das Beispiel der von Frankreich initiierten Europäischen Bank für Entwicklung und Wiederaufbau, die Kredite für Osteuropa bereitstellen soll, macht deutlich, welche Karten die USA auszuspielen versuchen: Anders als von den Initiatoren geplant, sträuben sich die USA gegen eine Beteiligung der Sowjetunion an dieser supranationalen Kreditinstitution. Finanziert werden sollen allein die Länder, die jeder Form von Sozialismus abgeschworen haben.

Auch mit diesem Ausblick auf mögliche weltpolitische sozialistische Konstellationen, die sich aus der Krise des real-existierenden Sozialismus ergeben können, soll zunächst nur das Spektrum von Fragen und Problemen abgesteckt werden, dem sich derzeit die sozialistische Linke gegenübergestellt sieht. Diese Krise bedeutet sowohl eine intellektuelle als auch eine politische Herausforderung, weil sie uns zwingt, Vergangenheit und Zukunft des politischen Projekts Sozialismus neu zu analysieren und zu diskutieren. Mit diesem Heft soll ein Anfang gemacht sein.